

11. Verbleibendes Konfliktpotential

11.1. Darstellung der verbleibenden Konflikte

Von Seiten des BFoA Annaburger Heide (ab 2005 BlmA), des FoA Falkenberg sowie des militärischen Nutzers wurden aus fachlicher Sicht keine zur Ablehnung des Planes führenden Einwände erhoben.

Allerdings ergaben sich besonders im Zusammenhang mit der weiteren forstwirtschaftlichen und militärischen Nutzung des PG folgende Konflikte bzw. Probleme¹:

- 1) Überschneidungen von Naturschutzrecht und Waldgesetz
- 2) Fehlende Finanzierungs- bzw. Fördermöglichkeiten
- 3) Munitionsbelastung
- 4) mögliche Änderung der militärischen Nutzungsart und -intensität.

1) Überschneidung von Naturschutzrecht und Waldgesetz

Einen grundsätzlichen Konfliktpunkt stellt im PG die unterschiedliche Bewertung bereits mehr oder weniger stark verbuschter Flächen des FFH-LRT 2330 „Binnendünen mit offenen Grasflächen“ dar.

Entsprechend dem gültigen sächsischen Kartier- und Bewertungsschlüssel für FFH-LRT können auch Flächen bis zu einem Verbuschungsgrad von > 50% - wobei eine Grenze nach oben nicht festgelegt ist – immer noch einer „C“-Ausprägung dieses Offenland-LRT zugeordnet werden.

Gemäß § 2 des Bundeswaldgesetzes gilt jedoch jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche einschließlich verlichteter Grundflächen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen als Wald.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines weitgehend gehölzfreien Charakters mit einem Zielbestockungsgrad bis 10% stellen daher nach Waldgesetz schon eine genehmigungspflichtige Nutzungsartenumwandlung dar, welche die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach sich zieht. Das BFoA (ab 2005 BlmA) sieht sich als Bewirtschafter außerstande, derartige Belastungen auf sich zu nehmen, zumal keine Möglichkeiten zur finanziellen Förderung der Maßnahme existieren (vgl. Punkt 2 weiter unten).

Im AGV-Teil des PG betrifft dies besonders die LRT-2330-Teilflächen ID 10018, 10021 und 10026. Diese sind trotz der in den Forsteinrichtungsdaten des BFoA (Stand 1997) z.T. hier erfolgten Ansprache als §-26-Offenland-Biotop „Sandmagerrasen“ in Teilbereichen der jeweiligen Forstabteilung komplett als Waldfläche erfasst worden.

Die sich hier ergebenden konträren, entsprechend den jeweiligen rechtlichen Grundlagen jedoch korrekten Auffassungen können im Rahmen eines MaP nicht geregelt werden, sondern erfordern eine juristische Klärung.

Von Seiten der Forstverwaltung ist geplant, bis zu dieser Klärung die erforderlichen Maßnahmen zur Gehölzentnahme auf den betroffenen LRT-Teilflächen ID 10021, 10023 und 10026 auszusetzen. Dies kann hier jedoch bei einem entsprechend langem Zeitraum zum vollständigen Verlust des LRT führen.

¹ Die Benennung dieser beiden, sich nicht auf fachliche bzw. sachliche Aspekte beziehenden Punkte als verbleibendes Konfliktpotential in diesem Kapitel des MaP stellte die Voraussetzung der Zustimmung zum Plan sowohl durch die Forstbehörden als auch den militärischen Nutzer dar.

2) Fehlende Finanzierungs- bzw. Fördermöglichkeiten

Bei dem überwiegenden Teil des PG handelt es sich um Flächen des Allgemeinen Grundvermögens (AGV), die innerhalb der nächsten 10 Jahre durch die Bundesrepublik Deutschland veräußert werden sollen. Bis zur endgültigen Verwertung erfolgt durch die Bundesforstverwaltung eine restriktive Zwischenbewirtschaftung der Waldliegenschaften. Diese ist u.a. durch den weitgehenden Verzicht auf investive Maßnahmen gekennzeichnet. Seit Anfang des Jahres 2005 ist das BFoA in eine Bundesanstalt für Immobilien überführt worden, die kostenneutral wirtschaften muss.

Aus Sicht der Bundesforstverwaltung ergeben sich daher erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen sowohl auf den Offenland- als auch den Wald-Entwicklungs-LRT, da keine weiteren Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden können.

3) Munitionsbelastung

Die Umsetzung einiger der vorgeschlagenen Maßnahmen (v.a. Abschieben des Oberbodens, maschinelles Plaggen) ist zudem zumindest derzeit aufgrund der für das gesamte PG anzunehmenden Munitionsbelastung mit (schwerer) Technik nicht möglich, sondern nur manuell.

4) Mögliche Änderung der militärischen Nutzungsart und -intensität

Wie bereits in Kap. 9.1.1 ausgeführt, ergeben sich aus der militärischen Nutzung an sich keine Probleme.

Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass es in Abhängigkeit von den Anforderungen des militärischen Nutzers zu Änderungen des Flächenzuschnittes und der Funktionszuweisung kommen kann, wovon auch LRT-Flächen betroffen sein können. Dies zieht auch eine Änderungen des Bodenbedeckungs- und Benutzungsplanes nach sich.

Eine Übersicht über die Flächen mit verbleibenden Konflikten gibt Tabelle 16.12 bzw. Karte 9 im Anhang. Es sei darauf verwiesen, dass das generelle Problem der unklaren Finanzierung der Maßnahmen nicht extra mit aufgeführt wird.

11.2. Zur Lösung der Konflikte notwendige Änderungen der Planungsziele bzw. Nutzungen

Die sich aus der eindeutigen oder ungeklärten (Überschneidung von Waldgesetz und Naturschutzrecht) Gesetzeslage ergebenden Konflikte können im Rahmen eines MaP nicht gelöst werden.